n Sonne
ranz. Betten. Eleg.
nsräume, Weinstube.
Reichhaltige Speisen-
elephon 254. Haus
zur Sonne".
enker, Besitzer.

Neue
Bewirtung!
des Königlichen
empfiehlt sich
u. Frau.

Suchard
ogel.
f.
ch
ass. u. chin. Tee
nicht importiert

Bäckerei
12 Telephon 9015.
kuchen, Torten,
cht-Eis, Pückler.
Emser Zwieback
orfer Zwieback.
ia. 183

an
ger
brik
kirche 21
188
fschnitte
ate
gesetzt.

Nr. 53. Dienstag, den 6. März 1906. 5. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm., mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Vierteljährl. 1 Mk. 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Bei jeder deutsch. Postanstalt u. Zeitungspreisl. Einzelnummer 10 Pf. Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tagesblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die 6gespalt. Petitzeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 48. — Fernsprecher Nr. 1866.

Vertrauliche Besprechungen beim Reichskanzler.

Ein Zentrumsabgeordneter schreibt uns:

Fürst Bülow pflegt in den Zeiten der Parlamentsnöten sich auf eigenartige Weise seine Mehrheit zu sichern: er hält vertrauliche Besprechungen mit einer Anzahl Abgeordneten der Mehrheitsparteien ab, legt diesen die Sache vor und sichert sich so vor einem Sturme im Reichstage. Dieses Rezept hat gut gewirkt beim deutsch-amerikanischen Handelsvertrag, wo wir über den Verlauf der Konferenz sofort die zuverlässigsten Mitteilungen geben konten. Nicht so andere Blätter, die auf gut Glück phantasieren.

Darüber, was nämlich der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit gesagt haben soll, sind allerhand Tatarennachrichten durch die Presse gegangen; insbesondere hat sich seltsamerweise eine „Kirchenzeitung" an der Verbreitung solcher Gerüchte beteiligt. Wir sind in der Lage, festzustellen, daß die Gerüchte samt und sonders erfunden sind. Weder hat Fürst Bülow mit seinem Rücktritte gedroht, noch hat er die Notwendigkeit der amerikanischen Freundschaft im Hinblicke auf englische Bestrebungen betont. Wie Gerüchte dieser Art entstehen können, ist an sich unerklärlich, da sie doch weder unmittelbar noch mittelbar von den Teilnehmern an der vertraulichen Besprechung herrühren können. Ihre Verbreitung und der Umstand, daß sie hie und da Glauben finden, weisen aber darauf hin, daß vertrauliche Besprechungen mitunter nicht unbedenklich sind. Sie mögen ja in manchen Fällen recht zweckmäßig sein und den gewünschten Erfolg haben; aber sie geben der Vermutung Raum, daß in ihnen Dinge verhandelt werden, deren Darlegung vor der breiten Oeffentlichkeit des Reichstages selbst oder vor der beschränkten Oeffentlichkeit einer Kommission unmöglich oder untunlich sein würde. Diese naheliegende, ja eigentlich selbstverständliche Vermutung kann sich leicht, wenn mißverstandene, weiter getragene Aeußerungen eines Teilnehmers hinzutreten, zu Gerüchten entwickeln, die dann recht unbequem und sehr peinlich werden können. Vollkommen vertraulich können ja derartige Besprechungen schon deswegen niemals sein, weil die Führer der Fraktion darüber berichten müssen, um die Zustimmung der Parteigenossen zu bewirken. Erwägt man alles dies, so wird man uns beistimmen müssen, wenn wir lebhafte Bedenken gegen eine häufige Wiederholung solcher Konferenzen hegen und äußern. Je mehr der Reichskanzler sich auf die verfassungs- und geschäftsordnungsmäßige Form der Beeinflussung beschränkt, um so besser und stärker ist seine Position. Hinter vertraulichen Unterredungen wird immer etwas Besonderes gewittert, wenn auch durchaus nichts dahinter steckt.

Auch manche Abgeordnete sind von solchen Besprechungen gar nicht erbaut; ihre Opposition schwindet wie Butter an der Sonne, wenn sie hier im engen Kreise Rede und Antwort stehen sollen. Schon die Liebenswürdigkeit des Reichskanzlers, die Vorträge seiner Gehilfen und die Deutlichkeit, mit der sich hier jedermann ausspricht, machen es schwer, die Opposition zu halten. So äußerte sich ein bekannter nationalliberaler Abgeordneter sehr unbefriedigt über den Verlauf der letzten Konferenz; er konnte eben in dieser seinen Widerstand nicht mehr aufrecht erhalten, weil das Gewicht der politischen Gründe, das der Reichskanzler ins Feld führen konnte, ein sehr großes war. Jedenfalls wird durch solche vertrauliche Besprechungen das eine erreicht, daß die Abgeordneten weit klarer und tiefer in die Verhältnisse eindringen und so die Entschließungen der leitenden Staatsmänner auch besser zu würdigen verstehen. Bei der in Frage stehenden Unterredung über das Handelsprovisorium mit der Union konnten eben in dieser Konferenz die politischen Gründe für die Entscheidung des Fürsten Bülow offen dargelegt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus sind solche Konferenzen zu begrüßen und jedenfalls weit besser, als daß ein leitender Staatsmann einfach die Kabinettsfrage stellt und mit seinem Rücktritt droht, wenn es nicht nach seinem Willen geht, wie es der erste Reichskanzler wiederholt gehalten hat. Es hat eben alles seine zwei Seiten und was einmal gut ist, kann ein andermal auf parlamentarischem Gebiete verwerflich sein!

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 56. Sitzung am 3. März 1906.

Die Beratung des Etats des Reichsjustizamtes wird fortgesetzt. — Abg. Stadthagen (Soz.) spricht über 1¼ Stunde lang über alles mögliche. In Leipzig sei vor einigen Tagen eine Versammlung aufgelöst worden, weil er — als Versammlungsredner — im Begriffe stand, „unabhängige Justiz" zu fordern. Also nicht einmal mehr diese Forderung dürfe man in Sachsen aussprechen! Weiter verbreitet sich Redner über die vorgestern erfolgte Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs der „Leipz. Volksztg." wegen des historische Rückblicke enthaltenden Artikels „Albertinische Profile". Das Urteil selber habe zugeben müssen, daß der gegenwärtige König von Sachsen in dem Artikel nicht einmal genannt sei. Und trotzdem habe das Gericht Majestätsbeleidigung angenommen. Deutlich zeige dieses Urteil die „Tendenz"! Zum Schluß geht Redner noch auf den Berliner Milchring-Prozeß, das bezügliche Kammergerichtsurteil und einen angeblichen Beeinflussungsversuchversuch des Ministers, ein. — Staatssekretär Nieberding erklärt, der Verfasser des Urteils sei gleich nach Abfassung des Urteils schwer erkrankt und befinde sich jetzt noch in einer Nervenheilanstalt. Der Minister habe den Präsidenten des Kammergerichts auf vorgekommene Nachlässigkeiten aufmerksam gemacht, auf den Senat aber in keiner Weise eine Beeinflussung unternommen. Dem Senat sei sogar von dem Schreiben des Ministers an den Präsidenten gar nichts bekannt gegeben worden. — Sächs. Geheimer Rat Boerner erklärt, die Gründe des Urteils in dem vorgestrigen Leipziger Prozeß seien ja überhaupt erst mündlich verkündet worden und noch nicht schriftlich. Die nähere Begründung werde daher überhaupt noch abgewartet werden müssen. Wenn der Oberstaatsanwalt Böhme gesagt habe, die eigentlichen Verfasser des Artikels hielten die Feigheit für den besseren Teil der Tapferkeit, so habe der Oberstaatsanwalt nur dem gesunden Empfinden des Volkes Ausdruck gegeben. Das Volk verstehe es nicht, wenn der Verfasser, der Täter, nicht zu seiner Tat stehe, sondern einen anderen als verantwortlich vor Gericht stellen ließe. Redner begründet dann noch gegenüber dem Abg. Müller-Meiningen die relativ milde Bestrafung des Fürsten Kotschubei damit, daß Kotschubei im Affekte gehandelt habe. — Abg. Stöcker (Wirtsch. Verg.): Die Freisprechung des „Simplizissimus" war ein dunkler Tag für unsere Justiz. Die Zuziehung der Sachverständigen ist mir ganz unbegreiflich und wie urteilen diese erst? Die falsche öffentliche Meinung hat hier Freisprechung erzwungen! Die sittenlose Presse geht mit der Wahrheit in frivoler Weise um. Auf den „Simplizissimus" braucht man in der Tat nicht stolz zu sein; er ist ein nichtsnutziges Blatt. Alle Leute sollten es verwerfen, wenn Frauenspersonen im Lande herumziehen und die freie Liebe predigen, die Ehe aber verwerfen. Das ist eine Scheußlichkeit! Und wer verteidigt diese Lehre? „Simplizissimus" und „Jugend?" Aus der Verbreitung dieser Blätter entsteht eine ungeheuere Gefahr für unser Volk! Ein Teil unserer Schauspiele sind heute Saufspiele. Und erst Romane, die aus Budapest kommen. Da müssen alle Parlamente dagegen vorgehen! Jetzt kommen die Schmutzigkeiten massenhaft auf uns herein. Carlyle sagt: Unsere schöne Jugend wird hierdurch zum Rhinozeros, das sich im Schlamm wälzt. Leider hat er recht. Bei den Schülern findet man sie leider zu häufig. Neben der Massenhaftigkeit tritt einem die Perversität dieser Bilder entgegen. Das Perversieren solcher Erzeugnisse sollte unter Strafe gestellt werden. In fünf Millionen Exemplaren geht ein schamloses Berliner Blatt jährlich heraus und mordet die Seelen. Die öffentliche Meinung muß mithelfen, daß unser Volk nicht verloren geht. Mit Oesterreich und Frankreich sollten wir gemeinsam vorgehen. Ungezählte Menschenopfer fallen hier. Warum tut die Obrigkeit hiergegen nichts? Hier Abhilfe zu treffen ist höchste Pflicht und höchste Zeit! Gott segne es! (Lebh. Beifall.) — Abg. v. Gerlach (Freis. Ver.): Manches im „Simplizissimus" stelle ich sehr hoch, anderes verwerfe ich. Das Gesinderecht in Preußen müsse reformiert werden. — Abg. v. Brockhausen (kons.) polemisiert gegen den Abg. Kröiß, der eine verhetzende Tätigkeit entfalte. (Ordnungsruf). — Abg. Herbert (Sozd.) fordert Reform des Gesindewesens. In Pommern wird jeder drangsaliert, der nicht konservativ ist. — Abg. Heine (Sozd.) polemisiert gegen eine Reihe seiner Vorredner. Die bestehenden Gesetze ermöglichen es jetzt schon, gegen den Schmutz vorzugehen. Die Frauen, die die freie Liebe predigen, können vielfach sittlich reine Personen sein, selbst mit ausgesprochenem Sittlichkeitsgefühl. Nur die unerzogenen Söhne reicher Leute kaufen solche Schmutzschriften, die Eltern dieser Kinder können sich selber schützen. — Staatssekretär Dr. Nieberding: Die Worte des Abg. Heine, die er sehr geschickt wählt, wirken im Volke ganz anders. Die Debatten in diesem hohen Hause haben gezeigt, wie die Richter mit Argusaugen bewacht werden; sie müssen sich diese Lehre hieraus nehmen. — Abg. v. Dirksen (Rpt.): Ich bedauere, daß in Deutschland so viel Schmutz produziert wird. Das kann gar nicht bestritten werden. Herr v. Gerlach meint, durch mich sei ein bœuf (Ochse) in den Reichstag gekommen; ich kann versichern, daß ich mich nicht allein fühle, solange er hier weilt. (Stürmische Heiterkeit.) — Abgeordneter Kröiß (Antis.) erwidert dem Abg. v. Brockhausen. Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Heine (Sozd.), Stadthagen (Sozd.) und von Brockhausen (kons.) wird der Etat bewilligt. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Interpellation über Verkehrshemmungen bei Inkrafttreten der Handelsverträge und Etat der Reichspostverwaltung. — Schluß 7 Uhr.

Politische Rundschau.

Dresden, den 7. März 1906.

— **Das Kaiserpaar** besucht am Sonntag vormittag, nach der Teilnahme am Gottesdienste die von 2000 Schulkindern aus Berliner Gemeindeschulen veranstalteten Gesangsaufführungen im Zirkus Busch.

— **Der deutsche Kaiser** hat an den Lordmayor von London folgendes Telegramm gesandt: „Ihre Majestät die Kaiserin und Ich senden dem Lordmayor und der City von London herzlich gefühlten Dank für die freundlichen Grüße zu Unserer silbernen Hochzeit und für die guten Wünsche für Unseren Sohn und dessen Braut. Wilhelm I. R."

— **Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.** Herr v. Tschirschky, hat sich bereits sehr gut eingearbeitet; aller Voraussicht nach hat man es hier mit einer höchst vorsichtigen, aber auch energischen Natur zu tun. Trotz seiner verhältnismäßig jungen Jahre — er ist erst 44 Jahre alt — verfügt er über ein sehr großes Wissen. Nach einem Ausspruch aus seinem Munde hält er in allen diplomatischen Fragen die Zurückhaltung als das erste Gebot und er will nur in solche Gewässer gehen, in denen er auf den Grund sieht. Die Konferenz in Algeciras gefällt ihm deshalb auch nicht sehr und er sagt nur offen, was schon längst viele Kreise denken; aber er will nicht mit einem Knalleffekt zurück, weil sich nicht übersehen läßt, was aus einer Sprengung der Konferenz wird; jedenfalls darf man darauf rechnen, daß unter dem Regiment des neuen Herrn jedes Säbelrasseln verboten wird, zumal auch Fürst Bülow jedem Krieg wegen des „laufigen Marokkos" abhold ist. Leider haben wir uns ein wenig zu weit vorgewagt. Als ein Erfolg des neuen Staatssekretärs darf es bezeichnet werden, daß er der sogenannten „Kriegspartei" gegenüber sehr energisch ist. Herr v. Holstein, die Stütze derselben, soll sich wieder einmal mit Abschiedsgedanken tragen; wir würden es gern sehen, wenn er wirklich einmal ernst machen würde. Wenn auch anerkannt werden muß, daß er einer unserer tüchtigsten Diplomaten ist, so treibt er doch ein zu gefährliches Spiel; da ist es ein Glück, daß ihm ein so besonnener Mann wie der neue Staatssekretär auf die Haube gesetzt worden ist.

— **Der „Fall Bachstein" vor dem Reichsmilitärgericht.** Zum zweiten Male hat das Reichsmilitärgericht das freisprechende Urteil des Oberkriegsgerichtes in Münster i. W. gegen den Divisionspfarrer Bachstein aus Minden mit den zugrundeliegenden Feststellungen aufgehoben und zur anderweitigen Verhandlung und nochmaligen Prüfung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Der Senatspräsident Dr. Herz, welcher das Urteil um 12 Uhr verkündete, kam nach mehr als halbstündigen Auseinandersetzungen zu dem Schluß, daß das Urteil des Oberkriegsgerichtes vom 14. November 1905 im wesentlichen unklar und unvollständig und in sich selbst widerspruchsvoll ist. Das Oberkriegsgericht sei unzweifelhaft von einer unzutreffenden rechtlichen Auffassung ausgegangen. Da sonst die tatsächlichen Feststellungen den Voraussetzungen des § 166 entsprechen, war der Senat genötigt, das freisprechende Urteil des Oberkriegsgerichts zum zweiten Male aufzuheben.

— **Das preußische Abgeordnetenhaus** hat am Sonnabend einen wesentlichen Teil des Kultusetats zu Ende beraten. Zuerst wurde über einen Antrag des Abg. von Zedlitz (Frkons.) debattiert, für das nächste Jahr zwei Millionen Mark behufs der Erhöhung der Alterszulage der Volksschullehrer in den Etat einzustellen. Die Zentrumsabgeordneten v. Strombeck und Wallenborn legten dar, daß das Zentrum zwar eine Erhöhung der Lehrergehalte wünsche, aber daß das in einer generellen Vorlage zu geschehen habe, welche auch auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden Rücksicht nehmen und diesen Unterstützung gewährt. Der Antrag wurde angenommen. Die Ostmarkenzulage gab auch Samstag wieder Veranlassung zu lebhaften Debatten. Sodann wurde eine Erhöhung der Position für den Zeichenunterricht von den Zentrumsabgeordneten Ziesché und Heisig warm befürwortet. Für die Aufbesserung der evangelischen Pfarrgehälter traten eine Reihe von Abgeordneten ein. Montag folgt die Weiterberatung.

— **Ein beachtenswertes Bischofswort.** Der hochwürdigste Bischof von Straßburg hat sich den Zorn aller Liberalen zugezogen. Weshalb? Weil er, wie wir schon mitgeteilt haben, in seinem neuen Hirtenbrief schreibt: „Wir können nicht umhin, wo wir von den Pflichten reden, welche der Katholik seiner Kirche gegenüber zu erfüllen hat, auch hinzuweisen auf die große Macht der Presse, die hohe Bedeutung des Vereinswesens und die kräftige Waffe des Wahlzettels. Derjenige dient der Kirche nicht, der still zu Hause sitzt und über schlechte Zeiten jammert; nur derjenige erfüllt seine Pflicht der Kirche gegenüber, der mit aller Entschiedenheit Gebrauch macht von den Mitteln, welche ihm die moderne Gesellschaft in die Hand gibt . . . Die deutschen Katholiken haben diesen Zusammenschluß gefunden in einer Parteiorganisation, welche die Bewunderung der ganzen katholischen Welt erregt. Diese festgeschlossene Einigkeit hat die katholische Kirche in Preußen und anderen Bundesstaaten über die schweren Zeiten des Kulturkampfes hinausgeführt und gerettet. Diese fest geschlossene Einigkeit ist aber auch die beste Bürgschaft für die Zukunft des Katholizismus in Deutschland, denn durch sie besitzt die katholische Kirche in Deutschland die Kraft, den heftigen Angriffen zu trotzen, denen sie ausgesetzt ist. Möge das Beispiel der deutschen Katholiken, mit denen ihr durch ein gemeinsames politisches Band verbunden seid, euch ein Vorbild sein!" — Mögen alle Katholiken diese Worte beachten, und wenn die liberale Presse von einer „bischöflichen Zentrumsagitation" spricht, so erhöht dies nur unsere Verehrung für den Kirchenfürsten.

— **Ein gerüffelter Hofgänger.** Der Reichstagsabgeordnete Stadtrat August Dreesbach stattete zwei Tage nach der Geburt eines neuen Zähringersprößlings, dem Prinzen einen Besuch ab. Der Führer der badischen Sozialdemokraten wurde dort mit allen Ehren empfangen und kehrte mit den besten Eindrücken von dem Besuch zurück. Das Mannheimer sozialdemokratische Blatt fügt bei: „Es darf wohl erwartet werden, daß der Gang unseres Parteigenossen zu Hofe, der lediglich als ein Akt des Anstandes zu betrachten ist, von gewisser Seite eine Mißdeutung erfährt und nicht über Gebühr zu einer cause célèbre aufgebauscht wird, wie es kürzlich in unserer Nachbarstadt Darmstadt geschah. In solchen Fragen kommen neben politischen Erwägungen u. E. denn doch auch Momente rein menschlicher Natur in Frage." — Aber das genannte Blatt hat wieder einmal die Rechnung ohne Rosa Luxemburg gemacht; sie wäscht im „Vorwärts" dem Genossen Dreesbach in folgender Weise den Kopf: „Von Mißdeutung kann, da es sich um Fragen des parteipolitischen Taktes und der Parteidisziplin handelt, keine Rede sein, wenn wir der Ansicht der „Mannheimer Volksstimme" durchaus nicht beipflichten. Unseres Wissens hat Genosse Dreesbach als Privatmann nicht die gesellschaftlichen und persönlichen Beziehungen zum Zähringerhause, die es ihm zu einer Pflicht des persönlichen Anstandes machen könnten, bei Hofe aus Anlaß eines Familienereignisses einen Besuch abzustatten. Wenn der Abgeordnete Dreesbach als Privatperson irgend jemand — ob Prinz oder Prinzessin oder sonst wem, ist dabei gleich — einen Besuch abstattet, so ist das natürlich lediglich Privatsache und geht auch die Presse nichts an. Wenn aber die „Mannheimer Volksstimme" in der angegebenen Weise von dem Besuch usw. schreibt, so drängt sie die Ansicht auf, daß den Genossen Dreesbach politische Erwägungen geleitet haben, er also als Vertreter der Sozialdemokratie nicht dem Privatmanne, sondern dem Fürsten einen Huldigungsbesuch abstattete. Wir glauben kaum auf Widerspruch zu stoßen, wenn wir betonen, daß der Repräsentant der Partei deren Prinzipien und Reputation seinen persönlichen Gefühlen

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19060306/1